

## Vorschläge für langfristige Lösungen

Mit seinem Vorschlag, Flämisch- und Wallonisch- Brabant in die Region Brüssel zu integrieren, hat der Vorsitzende von VIVANT, Roland Duchâtelet, politischen Mut bewiesen. Wenige Tage nachdem er das Mandat des Senators von Guy Verhofstadt (VLD) übernommen hat, tritt er, für die Partei VIVANT, mit diesem Lösungsansatz auch aus dem großen Schatten des flämischen Kartellpartners VLD.

Alle Verantwortungsträger der flämischen Parteien waren sofort gegen den Vorschlag, ohne überhaupt die offensichtlichen positiven Folgen für die Zukunft Belgiens und seine Bevölkerung untersucht zu haben.

Dabei hätte der Vorschlag für alle Beteiligten große wirtschaftliche und gesellschaftliche Vorteile. Heute müssen einzelne Beschlüsse sowohl von den 19 Randgemeinden als auch von den Regierungen der flämischen und der französischen Gemeinschaft, der wallonischen Region und der Föderalregierung abgestimmt werden, mit den entsprechenden Kosten und Verzögerungen. Durch den Lösungsvorschlag von Duchâtelet bliebe nur eine zentrale Verwaltung für die Stadtregion Brüssel übrig. Dadurch wären die vielen Probleme bei der Beschlussfassung in den Bereichen Raumordnung, Mobilität und Sicherheit, sowohl in administrativer wie finanzieller Hinsicht, behoben. Auch das Sprachenproblem wäre vom Tisch, weil es innerhalb der Grenzen von ehemals Brabant gleich viele Flamen wie Wallonen gibt, und weil die offiziellen Sprachen der neuen Stadtregion dann Niederländisch, Französisch, Deutsch und, als Hauptstadt der EU, auch Englisch sein würden. Das Problem Brüssel-Halle-Vilvoorde wäre automatisch gelöst, denn es müsste kein Wahlbezirk mehr abgegrenzt werden.

Duchâtelet und VIVANT stehen für Überlegungen und Lösungsansätze welche in die Zukunft reichen. Leider liegen heute den meisten politischen Entscheidungen nur kurzfristige Interessen zu Grunde, vorausschauende und langfristige Ziele werden dabei nicht bedacht.

Wären die, bereits vor 10 Jahren, von VIVANT gemachten wirtschaftlich-sozialen Vorschläge umgesetzt worden, dann läge Belgien heute auf einem Spitzenplatz in Europa und nicht wie jetzt im Schlussdrittel. Mit dem bedingungslosen und Existenz sichernden Grundeinkommen wäre außerdem die Kaufkraft der Bürgerinnen und Bürger intakt.

Wenn die Sozialistische Partei tatsächlich das soziale Gewissen unserer Gesellschaft sein will, siehe GE vom 15. Januar 2008, dann sollte auch sie sich dafür einsetzen, dass die automatisch und exponentiell ansteigende Verschuldung der belgischen Gesellschaft sofort beendet wird: Nur dann kann es uns gelingen, die soziale Gerechtigkeit wieder herzustellen und unsere Umwelt für die kommende Generation zu erhalten.

Joseph Meyer

VIVANT- Fraktion im PDG

[www.vivant-ostbelgien.org](http://www.vivant-ostbelgien.org)